

Mobilisierungsfahrplan der städt. Straßenbahnen. Die Direktion der städtischen Straßenbahnen hat den Bürgermeister folgenden Bericht erstattet: Infolge der allgemeinen Mobilisierung wurden von unsers zur Zeit rund 12.000 Personen betragenden Angestellten rund 5250 Personen militärisch einbezogen, es verbleiben also an 6750 Personen, zirka 56 %. Von den rund 8200 Angestellten der Betriebsleitung wurden rund 4000 Personen einbezogen und verbleiben also für den eigentlichen Betriebsdienst 2200 Personen, d. i. wieder rund 56 %. Dieser für unser fast durchwegs diensttaugliches meistjunges Personal verhältnismäßig geringe Ausfall von 44 % ist nur dem Umstande zu danken, daß wir seit Jahren mit Erfolg bestrebt waren, im Interesse des öffentlichen Verkehrs eine größere Anzahl von Landwehr- und Landsturms-Männern bis zum 40. Tage oder länger von Militärdienste frei zu bekommen; es ist uns dies dank dem entgegenkommen der Militärbehörden bei rund 2300 Mann gelungen hievon bei der Betriebsleitung allein 2300 Mann. Wir mußten naturgemäß ~~gestern~~ nachmittags sofort nach der Verlautbarung der allgemeinen Mobilisierung den Verkehr entsprechend schwächen, was durch einen rechtzeitig vorbereiteten Mobilisierungsfahrplan geschah, der gegenüber dem jetzigen Hochsommerfahrplan eine Einschränkung von rund 25 % darstellt. Die Verkehrsbedürfnisse haben sich aber naturgemäß auf den verschiedenen Linien sehr verschieden gestaltet; wir sind zur Zeit noch bemüht, den Fahrplan zu einspitzen, wie er den geänderten Verkehrsbedürfnissen nunmehr entsprechen muß. Insbesondere sind es die Linien, die zu Militäranstalten führen, welche verstärkt werden müssen. Die gegenüber dem Personalabfall von 44 % wesentlich geringere Verkehrseinschränkung von 25 % ist dadurch möglich geworden, daß wir bisher für den schwächeren Hochsommerfahrplan einensichtlich großen Personalüberstand hatten und daß für diesen Mobilisierungsfahrplan den Bediensteten keine oder nur ganz wenige freie Tage mehr zugestanden werden. (Die Dienstleistung an freien Tagen wird selbstverständlich besonders entlohnt.) Ferner werden aus den Werkstätten die zum Fahrdienst geschulten Leute herangezogen. Die Verminderung der Fahrleistung wird durch die allgemeine Zulassung der verwehrteten Stohplatzanzahl wieder größtenteils heringebbracht, so daß der aller Voraussicht nach geringer werdende Verkehr bis auf weiteres den Bedürfnissen der Bevölkerung nahezu entsprechen dürfte. Wir haben übrigens auch Vorsorge getroffen, durch Einberufung von Pensionisten, durch rascheste Schulung anderer oder entbehrlicher Angestellten u. s. w. den sich etwa steigenden Verkehr

ansprüchen gerecht zu werden, auch dann, wenn noch weiter von unseren Leuten eingesetzt werden sollten. Natürlich erforderte diese Verkehrsdurchführung zahlreiche Personalverschiebungen,

da einzelne Bahnhöfe in sehr hohen Maße, andere viel weniger arg durch die Einberufungen betroffen worden sind. Durch die angestrengte Arbeit aller in Betracht kommenden Organe und die rechtzeitige Vorbereitung aller nötigen Maßnahmen ist es aber möglich geworden, den sehr schwierigen Anforderungen gerecht zu werden, wobei ich insbesondere auch auf das musterhafte Verhalten der Fahrbediensteten hinweisen muß. Auch die übrigen Dienstzweige sind durch die militärischen Einberufungen stark in Mitleidenschaft gezogen worden, so daß beispielsweise die Arbeiten in den Werkstätten sehr beschränkt und teilweise eingestellt werden müssen. Auch hier werden wir durch Neuaufnahmen auf vorübergehende Zeit dem fühlbarsten Mangel abzuwehren trachten.

Die „Rund um Wien“ Fahrten der städtischen Straßenbahnen wurden heute eingestellt.

Der Betrieb industrieller Wasserhebeanlagen. Dem Handelsministerium sind Mitteilungen zugekommen, denen zufolge industrielle Wasserhebeanlagen ihre Betriebe einschränken oder sistieren, ohne daß diese Maßnahmen durch die getroffenen militärischen Verfügungen hinreichend begründet erschein. Nach diesen Mitteilungen wird auch von einzelnen Firmen die Übernahme und die Ablieferung bestellter Waren abgelehnt. Es hat den Anschein, als ob dies in der Annahme geschähe, daß die bisherigen Erzeugnisse ganz allgemein von der Einhaltung eingegangener geschäftlicher Verpflichtungen entbunden würden. Derartige Verweigerungen sind geeignet, eine in den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht begründete Beunruhigung und Störung des wirtschaftlichen Verkehrs hervorzurufen. Insbesondere besteht die Gefahr, daß auf diese Weise großen Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die gerade jetzt noch mehr als sonst auf einen regelmäßigen Verdienst angewiesen sind, die Erwerbs- und Existenzmöglichkeit entzogen wird, und hierdurch ohne zwingende Notwendigkeit schwere wirtschaftliche Schädigungen herbeigeführt werden. Angesichts dieser Wahrnehmungen muß auf das nachdrücklichste vor Überbürdungen und durch die Ereignisse nicht gerechtfertigten Schritten gewarnt werden. Es ist die patriotische Pflicht jedermanns mit allen Kräften dazu beizutragen, daß das wirtschaftliche Leben des Staates nach Möglichkeit seinen ungestörten Fortgang nimmt und durch die Aufrechterhaltung der Ruhe und Besonnenheit unbegründeten wirtschaftlichen Schädigungen vorgebeugt wird. In den für Handel

und Wandel maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen ist keine Änderung eingetreten und jedermann hat die volle Verantwortung für die Nichteinhaltung eingegangener Verpflichtungen zu tragen.

Änderungen im Stellwagenverkehr. Vorläufig mußten folgende Änderungen im Stellwagenverkehre durchgeführt werden:

- 1.) Gänzlich eingestellt wurden a) im Tagesbetriebe die Linie Landstraße-Wollzeile-Stephansplatz, b) im Nachtbetriebe die Strecke Meidling, bzw. Hietzing bis Winkelmannstraße.
2. Statt mit Kraftstellwagen werden mit Pferden betrieben: a) im Tagesbetriebe die Strecke Südbahn-Altegassee-Stephansplatz, b) im Nachtbetriebe die Linie Stephansplatz-Währingerstraße-Gersthof, bzw. Döbling.
3. Die Strecke Stephansplatz - Praterstraße - Nordbahnhof wird mit der Strecke Volksgarten-Stephansplatz vertauscht und mit Elektromobilen betrieben.
4. Auf allen Linien, sowohl im Tages- als auch im Nachtbetriebe, wurden Erhöhungen der Intervalle vorgenommen.

Markteinsparungen. Auch heute inspizierten Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Basarmarkt, Vizebürgermeister Hof die Großmarkt- und Viktualienhallen, die Vizebürgermeister Hierhammer und Rain die Detailmärkte in den einzelnen Bezirken und konnten allseits keine besondere Verschlechterung der Marktlage konstatieren.

Der Mangel an Hartgeld. Mit Rücksicht auf viele in des Rathens gelaugte Meldungen über Mangel an Hartgeld im öffentlichen Verkehr sah sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner genötigt, auf das nachdrücklichste beim Statthalter zu intervenieren, damit die Regierung unverweilt entsprechende Maßnahmen treffe, um diesen hart empfundenen Uebelstand zu beseitigen.

Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und ihre Familienangehörigen.

Die Konstituierung des Fürsorge-Ausschusses. Gestern fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine Sitzung des Fürsorgeausschusses statt, an welcher nebst den Mitgliedern des Ausschusses auch der mit der Leitung des Kriegshilfsbüros des Ministeriums des Innern betraute Statthalterrat Eduard Prinz Liechtenstein teilnahm. Der Bürgermeister begrüßte die Erschienenen, dankte allen, daß sie seiner Berufung in den Ausschuss Folge geleistet und gab bekannt, daß an Stelle des zur Kriegsdienstleistung einberufenen Ausschussmitgliedes Gemeinderat Dr. Papovac der Gemeinderat Dr. Klotzberg in den Ausschuss delegiert

würde. Ferner wurde der Armenreferent des Magistrates Dr. Winkler in den Ausschuss berufen. Der Bürgermeister erstattete sodann einen eingehenden Bericht über Zweck und Aufgaben der von ihm im Einvernehmen mit dem Statthalter und dem Landmarschall geschaffenen Zentrale für die Kriegsfürsorge in Wien. Der Bürgermeister führte aus, daß sich die Kriegsfürsorge in drei Gruppen gliedere.

Die Fürsorge der Verwundeten und Kranken im Krieg. Diese Fürsorge sei ausschließlich Aufgabe des Roten Kreuzes. Die zweite Gruppe umfaßt die Fürsorge (im weitesten Sinne) der zurückgebliebenen Familien. Diese Tätigkeit obliegt für Wien und Niederösterreich dieser Zentralstelle. Die dritte Gruppe umschließt die Fürsorge für die Soldaten im Krieg

durch das im Kriegsministerium errichtete Kriegsfürsorgeamt. Bezüglich der Organisation machte er folgende Vorschläge; Zweck der Zentralstelle ist, alle Geldspenden und sonst gesammelten Liebesgaben unter öffentlicher Kontrolle zu vereinigen und der zweckmäßigen Verwendung auszuführen. Das oberste Organ der Zentralstelle ist der von Bürgermeister gebildete Ausschuss, in dessen Wirkungskreis die Aufstellung von Grundsätzen für die Verwendung der eingesammelten Spenden und die Entscheidung in allen Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung fällt. Zur Unterstützung dieses Ausschusses bestehen in den einzelnen Gemeindebezirken Bezirkskomitees der Zentralstelle mit deren Bildung der Bezirksvorsteher im Einvernehmen mit den Armeninstitutenchancern und Vertretern der im Bezirke wirkenden Privatwohlthätigkeitsvereine betraut ist. Den Bezirksorganisationen obliegt: Die Entgegennahme von Unterstützungsansuchen, die Durchführung der Erhebungen, die Antragstellung an den Ausschuss, die Verteilung der in den Bezirken eingelegten Naturalien und die Zuweisung von Kindern an Vereine oder Familien, die sich zur unentgeltlichen Auspeisung oder zum Unterhalte derselben bereit erklärt haben. Es wurden sodann folgende Grundsätze für die Verwendung der eingesammelten Spenden festgesetzt: Die nicht speziellen Zwecken gewidmeten Geldspenden sind zu verwenden:

1. Zur fallweisen Unterstützung von Familien Einberufenen in soweit der gesetzliche Unterhaltsbeitrag zur Deckung der Notlage nicht ausreicht.
2. Zur Unterstützung von Familienmitgliedern Einberufenen, denen ein Anspruch auf eine staatliche Unterstützung nicht zusteht.
3. Zur Unterstützung von Familienmitgliedern einberufenen, nichtbaterreligiöser in Wien wohnhafter/ Stadtbürger.

In Falle Punkt 2 und 3 wird nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Unterstützung fort dauern, keinesfalls aber in höherem Maße als für österreichische Staatsbürger bewilligt.

258.

Alle Spenden für die mobilisierten Soldaten selbst im werden dem Kriegeministerium (Kriegsfürsorgeamt) übermittelt.

Landesausschuß Mayer wünscht eine ähnliche Organisation auch für das flache Land und die Provinzstädte, worauf Prinz Eduard Liechtenstein erwidert, daß eine solche bereits im Ministerium des Innern geplant ist. -Obermagistraterat Dr. Dönt teilt dann mit, daß bezüglich der Arbeitsvermittlung mit der Landwirtschaftsgesellschaft Vereinbarungen getroffen wurden, die darauf abzielen, die stellenlosen industriellen Arbeiter und Diensthilfen für landwirtschaftliche Arbeiten zu verwenden. Von der Aufstellung von Sammelbüchsen in den Gast- und Kaffeehäusern und Tabakzafiken ebenso von der Veranstaltung von Blumentagen und ähnlichen Veranstaltungen wird abgesehen.

Der Bürgermeister teilt schließlich mit, daß die Familienangehörigen der städt. Angestellten aus der Zentralstelle keine Unterstützungen erhalten, für diese werde aus Gemeindemitteln gesorgt.

#### VI. Spendenausweis.

Firma M. & I. Mandl K 10.000, Doro Stein K 5000 in Rente.

Exzellenz Baron Johann Chlumetzky und Gemahlin K 5000, Franz Tandler K 100, Beamte und Diener des Museums für Kunst und Industrie K 132, Beamtinnen der Fernableitung der Telephonzentrale II K 100, Sammlung des Zentralverbandes der n.-ö. Landesbeamten K 1000, Verein der n.-ö. Landesbeamten des Konkretualstatus K 500, Beamte der Magistratsabteilung X K 215, Sammlung des Postamtes ~~XXXXXXX~~ I./1. Geldbestellamt K 220, Exzellenz Statthalter Graf Kielmansegg K 1000, Landesgerichtsrat Dr. Fröhlich K 200, Statthalterei-Vizepräsident Dr. Freiherr v. Pflügel und Familie K 1000, Generalstabshauptmann Rätter von Schaller K 200, Bezirksrat Stumpf K 100, Beamtenschaft der Generalagentenschaft in Wien der Assicurazione Generale K 261,10, Gemeinderat Dr. Loewenstein K 100, Gemeinderat Dr. Mittler K 100, Beamtenschaft der Bureau der Firma Eleinger & Söhne K 120, Gemeinderat Dr. Granitsch K 100, Beamte und Diener der Magistratsabteilung 17 und 17 a K 200, Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens K 300, Gemeinderat Karl Wemberger und Rudolf Wemberger K 1000, Frau Johanna Richter K 100, Pezoldt & Söhne A.G. K 1000, Firma Alfred Neu & Komp. K 100, Rohstoff-Produktiv-Genossenschaft der Kleidermacher Wiens K 100, Allgemeine Versorgungsanstalt K 500, Beamte und Diener des magistratischen Bezirksamtes für den 19. Bezirk K 611, Prater-Rüttenbesitzer durch Anton Kadrmann K 1500, M. Pinter K 200, Felix Knotz namens des Verbandes der Leiter der Wiener Volks- und Bürgerschulen K 100, Dr. Josef Meder

K 100, Josef Tichatichok K 100, Regierungsrat Prof. Dr. Haberlandt K 100, Franz Feucht K 100, Bürgermeisteramt Hansleiteder K 394, Heinrich Ita 1000 K, Dr. Anton Faistl K 1000, Kaiserlicher Rat Waneura K 1000, Rudolf Kleinpeter K 1000, Oesterreichischer Jagdklub K 1000, Niederösterreichischer Fußballverband K 2000, Hugo Mayr von Melnhof und Frau K 2000, Bezirksvorsteher Anderer K 500, Bezirksvorsteher Karlinger K 100, Baurat Dr. Paul K 100, Handelsgremium Hernals K 100, Zentralverband der Justizdiener K 100, Gemeinderat Huber K 100, Gräfin Jarkovich K 100, Karl Scheibe K 100, Michael Hirsan K 100, Beamte und Beamtinnen der Telephonzentrale I ~~XXXXXX~~ je K 350 für Rotes Kreuz und Soldaten, Liborius Plan K 300, Klub der Stadtbauamtsingenieure K 300, die Beamtinnen der Magistratsabteilung 3 K 166, Dr. Stehlik K 200, FML. Holzner K 200, Angestellte des Bankhauses Scheinhammer und Schatterer K 375, Angestellte von Franz Erdel & Komp. K 331, Beamte der A.G. Solo-Helios K 201, Personal des Materialmagazins der Südbahn K 104, Silvio von Hofmannsthal K 300, zahlreiche Spenden unter hundert Kronen.

Bildewankauf. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Zatzka den Ankauf des Pastellgemäldes von Prof. ~~XXXX~~ Raimund Wolf „Landstraße Hauptstraße“ und nach einem Berichte des StR. Schwer den Ankauf eines Aquarells von Anton Hlawacek darstellend das Kahlanbergdorf mit dem Leopoldsberge für die städtischen Sammlungen.

Prix-Denkmal. Vom Stadtrate wurde nach einem Berichte des StR. Schwer dem Prix-Denkmal Komitee ein Platz in der Gartenanlage auf dem Scherlingplatze im 1. Bezirk für die Aufstellung des Denkmals des Bürgermeisters Dr. Johann Prix unter der Bedingung zugesichert, daß das Denkmal in den Rahmen des Stadtbildes passe, weshalb die Aufstellung einer Schablone seinerzeit verlangt wird.

Off. vom städt. Theresienbade. Die Badestunden für das Baden und Schwimmen der städtischen Knabenchore im städt. Theresienbade im 12. Bezirk werden von 3 bis 4 auf 1 bis 2 Uhr nachmittags verlegt. (Referat im Stadtrate StR. Oppenberger.)

Auskunft für Sommerwohnungen. In der städtischen Auskunft für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im Monate Juli d.J. insgesamt 589 Wohnungen neu angemeldet und 1690 Wohnungen vermietet. Seit Eröffnung der Auskunft im laufenden Jahre sind 6164 Wohnungsanmeldungen und 3124 Wohnungsvermietungen zu verzeichnen.